

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den Ort. Preis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Umgebungen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Vorbestellung 2 Mk. 50 Pf. wöchentlich. Abgabe 15 Pf. für Postanweisung. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis: 10 Pf. wöchentlich. In allen größeren Städten, in denen es nicht durch den Postweg zu beschaffen ist, wird es durch den Postweg zu beschaffen sein. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wilsdruffer Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 188. 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 13. August 1926

Fragen der Stunde.

Man kann nicht gerade sagen, daß die Ferien unserer Diplomaten und Regierungsleute sehr ungestört gewesen sind. Sie sind auch nicht gerade sehr kurze gewesen, denn das Reichsministerium hat es mit Recht für notwendig befunden, sich einmal vor allem über die vorliegenden außenpolitischen Fragen auszusprechen. Da ist vor allem Genf, also die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, etwas, was sorgfältig vorbereitet werden muß. Von manchen wird behauptet, daß dieser Eintritt überhaupt erst einmal eingeleitet werden muß.

Ein klein wenig Berechtigung fehlt diesem Einwurf nicht, denn vorläufig ist immer noch in der Schwebe, welche Gestalt der Völkerbund annehmen soll. Die deutsche Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ihre Aufgabe, in den Völkerbund einzutreten, unter der Voraussetzung gilt, daß wesentliche Änderungen an der Struktur dieses Völkerbundes und seiner Organe, vor allem des Völkerbundsrates, nicht vorgenommen werden dürfen. An dieser Haltung Deutschlands ist ja auch der erste Versuch gescheitert, Deutschland in den Völkerbund hineinzubringen unter wesentlicher Änderung dieser Struktur. Inzwischen hat man nun versucht, die Klippen, an denen im März das Schiff gestrandet ist, dadurch zu sprengen, daß man zwar Spanien und Polen keine ständigen Mitgliedschaft einräumen will, wohl aber bei der Tagung des Völkerbundes, die im September erfolgen soll und auf der eine Neuwahl der Inhaber nichtständiger Mitgliedschaft erfolgen muß, jene beiden Mächte von neuem in den Völkerbund hineingewählt, so daß diese beiden Mächte praktisch doch zu ständigen Mitgliedern des Völkerbundsrates würden. Die deutsche Regierung wird Stellung dazu nehmen müssen, ob sie diese Umgehung ihres eigenen Standpunktes nun annehmen will oder ob sie sich nicht darüber klar werden muß, daß gerade das Ziel einer jeden deutschen Politik, im Osten eine Befriedung der Verhältnisse herbeizuführen, durch die Beteiligung Polens bei den Sitzungen des Völkerbundes und durch eine entsprechende Stellungnahme dabei unmöglich gemacht wird.

Ende August beginnen auch wieder die Sitzungen jener Studienkommission, die zu dem Zweck eingesetzt war, über eine Änderung der Völkerbundstatuten zu beraten. Auch hier handelt es sich vor allem darum, den Völkerbund anders zusammenzufassen, jene Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die bei der Märztagung offensichtlich geworden waren. Selbstverständlich ist, daß die bevorstehenden Beratungen gleichfalls endlich die Entscheidungen bringen müssen über die künftige Gestaltung des Völkerbundes.

Doch nicht bloß außenpolitische Fragen haben die Regierung zu eingehender Beratung genötigt, sondern auch in der Innenpolitik liegt so manches vor, was das Kabinett zu einer Besprechung zwang. Kurz vor dem Auseinandergehen des Reichstags hatte die Regierung ein Programm aufgestellt, um etwas in der besonders breunenden Frage der Arbeitslosenfürsorge zu tun. Dieses Programm auszuführen, war Sache der Länder und Kommunen. Darüber hinaus ist mit erschreckender Deutlichkeit klar geworden, daß wir in Deutschland mit einer ständigen Arbeitslosigkeit in Höhe von mindestens anderthalb Millionen Arbeitsloser rechnen müssen. Daraus erwachsen Probleme, entstehen Forderungen, mit denen die Staatsleitung sich eingehend beschäftigen muß.

Gewiß sind die außenpolitischen Fragen wichtiger Natur, aber dieses innenpolitische Problem zu behandeln, ist wohl noch dringender gewesen. Droht doch Gefahr, daß die Kosten der Erwerbslosenfürsorge das Gleichgewicht im Reichshaushalt zu stören drohen. Aber eine Milliarde ist hierfür bereits ausgegeben worden, irgendwelche einsparenden Änderungen in dem System der Erwerbslosenfürsorge wurden aber nicht getroffen. Viele Kommunen leben am Rande ihrer finanziellen Kräfte, so daß gerade jetzt, da die Landwirtschaft allmählich beginnt, die von ihr aufgenommenen Arbeitskräfte abzurufen, wieder die Not und Sorge des einzelnen heraufzieht, darüber hinaus aber auch die Pflicht des Staates, hier eine baldige soziale Fürsorge zu treffen, die andererseits den finanziellen Möglichkeiten entspricht.

Das geplante Arbeitszeitgesetz.

Neuregelung der Sonntagsruhe.

Im Reichsarbeitsministerium ist der vorläufige Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes, dessen Kernstück die Neuregelung der Arbeitszeit im weitesten Sinne, also einschließlich der Sonntagsruhe, bildet, fertiggestellt worden. Wie verlautet, will der Entwurf die Neuregelung der Sonntagsruhe auf folgender Basis vornehmen.

Die Einrichtung der Ausnahmesonntage soll aufrechterhalten bleiben. Die Ortspolizeibehörden sollen befugt sein, bis zu sechs Ausnahmesonntage zuzulassen. Tägliche soll das jetzige Recht der Verwaltungsbehörden, bis zu vier weiteren Sonntagen zu genehmigen, auf Wallfahrtsorte und andere Orte mit zeitweilig besonderem Fremdenverkehr beschränkt werden, und zwar ohne die Festlegung einer Höchstzahl. Die Beschäftigungszeit soll von acht auf sechs Stunden herabgesetzt

Der Reichsrat stimmt dem deutsch-französischen Handelsabkommen zu.

Berlin, 13. August. Der Reichsrat stimmte in der heutigen Vollversammlung der Reichsregierung über die vorläufige Anwendung des vorläufigen deutsch-französischen Handelsabkommens einstimmig zu. Die Vorlage der Reichsregierung, wonach die Hypothekenschuldscheine der deutschen Rentenbank im Betrage von 360 Millionen Mark für mündelsicher erklärt werden sollen, wurde gegen die Entscheidung der Ausschüsse mit 36 gegen 30 Stimmen angenommen. Ferner stimmte der Reichsrat der Außerachtlassung der Verordnung über die Wehrhöfe zu.

Berminderung der fremden Truppen.

Abtransporte sollen im Gange sein. Der amtliche englische Funkdienst bestätigt die bevorstehende Herabsetzung der Truppenzahl im besetzten von französischer Seite verbredeten Auslassungen über die rheinischen Gebiet. Es wird darauf verwiesen, daß tatsächlich schon seit einer Reihe von Tagen Truppentransporte nach Frankreich vorgenommen worden sind, ohne daß neue Ergänzungen erfolgten.

Nach einer Londoner Meldung hat sich Lord d'Abernon, der englische Botschafter in Berlin, mit dem englischen Außenministerium (Foreign Office) in Verbindung gesetzt, um auch eine Herabsetzung der englischen Besatzungstruppen im Rheinland zu erreichen. Die englische Regierung, so heißt es weiter, gebe offen zu, daß sie gern sämtliche Truppen zurückziehen würde; sie halte das aber so lange für politisch unmöglich, als Frankreich die Besetzung des Rheinlandes aufrechterhalte. England sei bereit, eine Verminderung seiner

Truppen. Auch an der letzten Möglichkeit, für die sogenannten Bedürfnisgewerbe für jeden Sonntag eine allgemeine Verkaufszelt zu gestalten, soll festgehalten werden. Welche Geschäftszweige als unter dem Begriff „Bedürfnisgewerbe“ fallend anzusehen sind, sollen der Reichsarbeitsminister oder die Länder zu bestimmen befugt sein. Neu soll die Bestimmung eingefügt werden, daß eine regelmäßige Verkaufszeit auch für nicht unter den Bedürfnisgewerbebegriff fallende Verkaufsstellen zugelassen werden kann, sofern die Ladeneröffnung infolge weitläufiger Siedlungsweise zwecks Versorgung der Landbevölkerung erforderlich erscheint.

Ueberreichung der Kollektivnote in Sofia.

Der erste Eindruck nicht ungünstig.

Der jugoslawische und der rumänische Gesandte sowie die griechische Geschäftsträger übergaben in Sofia dem bulgarischen Minister des Äußeren die angekündigte Kollektivnote ihrer Regierungen. Sie betont den Wunsch, gute Beziehungen zu Bulgarien aufrechtzuerhalten, lenkt aber in nachdrücklicher Form die Aufmerksamkeit der bulgarischen Regierung auf die Tätigkeit der in Bulgarien unter verschiedenen Namen bestehenden revolutionären Komitees hin, der ein Ende gemacht werden müsse. Zu diesem Zweck soll die bulgarische Regierung den Grenzschutzbehörden Weisungen erteilen, damit diese ihre Pflicht nicht nur in dem Sinne, wie es die gütlichen Beziehungen verlangen, sondern auch dem Grenzreglement entsprechend erfüllen. Die bulgarische Regierung soll ferner strenge Maßnahmen treffen, um der Tätigkeit der revolutionären Organisationen ein Ende zu machen. Der bulgarische Minister des Äußeren antwortete, daß er die Note zur Kenntnis nehme und ihren Text seiner Regierung mitteilen werde, die ihn prüfen und baldigst ihre Antwort erteilen werde.

Der erste Eindruck ist, wie aus bulgarischen Regierungskreisen gemeldet wird, im allgemeinen nicht ungünstig, da die Note im Ton bedeutend gemäßigter ist, als nach den ersten bulgarischen Blättermeldungen erwartet werden konnte. Dies ist sicherlich auf den von den Großmächten, besonders von England, ausgeübten starken Druck zurückzuführen.

Zur Magdeburger Mordsache.

Eine Erklärung des Landgerichtsdirektors Hoffmann. Landgerichtsdirektor Hoffmann, Präsident der Reichsdirektionskammer in Magdeburg, veröffentlichte eine längere Erklärung gegen die Vorwürfe, die gegen ihn in der Presse wegen seiner Haltung in der Mordsache Heiling erhoben worden sind. Es heißt darin u. a., Kölling sei durch die ständigen Angriffe und den gegen ihn eingeleiteten Pressefeldzug stark erschüttert gewesen. Er, Hoffmann, habe ihm durch Handschlag seine Hilfe im Kampfe um die Ausübungsfreiheit der Rechtspflege angeboten. Kölling habe sie dankbar angenommen, indem er hervorhob, daß ihn vom

weizungstruppen vorzunehmen, sobald Frankreich eine ähnliche Herabsetzung anordne.

Die Höhe der Besatzungsziffern.

Die Angaben über die Höhe der Besatzungsziffern schwanken je nach den Quellen, aus denen sie stammen. Anfangs des Jahres wurden von französischer Seite die Ziffern der Besatzungstruppen auf etwa 75 000 — darunter 60 000 Franzosen — angegeben. Heute bemessen die Franzosen die Besatzungsstärke auf 70 000 bis 71 000, weil nach und nach etwa 4000 Mann zurückgezogen worden seien. Diese letzten Angaben stimmen mit den deutschen Beobachtungen überein.

Trotzdem besteht noch eine sehr wesentliche Differenz in der Berechnung der Gesamtzahl. Die deutschen Berechnungen kamen Mitte Juli auf 69 150 Franzosen, 7400 Belgier und 8000 Engländer. Der Unterchied erklärt sich zum Teil daraus, daß die Franzosen die Nebensformationen nicht mitrechnen. Man hofft auf deutscher Seite, daß im Laufe des Septembers ein merklicher Anstieg der zugesagten bedeutenden Verminderung festzustellen sein wird. Davon, daß Frankreich für eine Besatzungsherabsetzung Bedingungen gestellt habe, kann keine Rede sein. Es erfüllt jetzt nur das feinerzeit gegebene Versprechen, seine Besatzungstruppen fähbarer herabzumindern.

Als ein Kuriosum verdient erwähnt zu werden, daß unter den französischen Besatzungstruppen die neuerliche Entscheidung eine starke Verstärkung hervorgerufen hat, weil die Truppen nach ihrer Rückkehr nach Frankreich statt in Goldmarkzahlung in entwerteter Frankföbanna bezahlt werden werden.

Justizministerium nicht der geringste Schutz zuteil werde. Alles, was Kölling von da an getan habe zum Schutz der Untersuchung gegen weitere Eingriffe, sei auf seinen Hoffmanns, Rat zurückzuführen.

Wie amtlich mitgeteilt wird, sind der Oberlandesgerichtspräsident und der Generalstaatsanwalt in Raumburg gegenwärtig mit der Prüfung der Frage befaßt, ob Anlaß vorhanden ist, ebenso wie gegen den Landgerichtsrat Dr. Kölling auch gegen andere Magdeburger Justizbeamte das Disziplinarverfahren zu eröffnen. Gegenstand dieser Prüfung soll auch die oben wiedergegebene Veröffentlichung des Landgerichtsdirektors Hoffmann sein.

Schwere Autounfälle.

Bom Zuge erfasst. — Die Böschung hinabgestürzt.

Ein schweres Autounfall ereignete sich in der Gegend von Hallersleben. Eine braunschweigische Autodrosche versuchte, den durch keine Schranken gesicherten Bahübergang zwischen Ohmen und Hallersleben nach kurz vor dem heranbrausenden Zug zu überqueren. Der Wagen wurde jedoch von den Buffern der Lokomotive erfasst, zur Seite geschleudert und vollständig zertrümmert. Von den Insassen wurde der braunschweigische Viehhändler Friß Zahn sofort getötet. Die beiden anderen, ebenfalls Viehhändler aus Braunschweig, wurden schwer verletzt. Der Autoführer Funk blieb dagegen unverletzt. Auf der Dolomitenstraße zwischen Terra und Mazzin fuhr ein österreichisches Automobil auf ein entgegenkommendes Auto auf, das die Böschung hinabstürzte. Zwei Insassen des abgestürzten Autos, ein Sohn des italienischen Obersten Tiefenelli und ein ehemaliger österreichischer Offizier, wurden getötet.

Die Brandkatastrophe in Grohendorf.

57 Gebäude ein Opfer der Flammen.

Zu der Brandkatastrophe, der fast das ganze Dorf Grohendorf in Pommern zum Opfer fiel, wird im einzelnen folgendes bekannt: Im ganzen sind 22 Wirtschaften mit 57 Gebäuden den Flammen zum Opfer gefallen. Der Schaden ist unermesslich. Die Bewohner haben ihr ganzes Hab und Gut verloren. Auch die fast völlig eingefahrene Ernte wurde vernichtet. In den Flammen kamen 150 Schweine und 20 Kühe um, ebensoviel Kleinvieh, Hühner usw. Drei Viertel des Dorfes sind vernichtet. Es stehen nur noch 11 Gebäude. Die den Flammen zum Opfer gefallenen Gebäude waren größtenteils mit Stroh gedeckt. Die Betroffenen sind meist Kleinbauern und Landarbeiter. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt.

Auf den Straßen sieht man überall weinende Frauen und Kinder, die ihres Obdachs beraubt sind. Sie werden vorläufig in den noch stehengebliebenen Gebäuden untergebracht. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Zur Steuerung der ersten Not sind im Stolper Kreis Sammlungen eingeleitet.